

1. Geltungsbereich

1.1 Für die Geschäftsbeziehung zwischen der KEBLER Bau AG (nachfolgend „Auftragnehmer“ bzw. „AN“ genannt) und dem Auftraggeber (nachfolgend „AG“ genannt), der als Unternehmer handelt, gelten ausschließlich die nachfolgenden AGB in ihrer zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung. Individualvereinbarungen gehen den AGB vor.

1.2 Der AG handelt als Unternehmer, wenn er eine natürliche oder juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft ist, die beim Abschluss des Vertrags in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 I BGB).

Der AG handelt als Verbraucher, soweit der Zweck der geordneten Lieferungen und Leistungen nicht überwiegend seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB).

2. Abwehrklausel

Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen des AG werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der AN stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu.

3. Angebot und Unterlagen

3.1 Der AN stellt vor und bei Vertragsschluss grundsätzlich unverbindliche Kostenschätzungen aus. Ein in der Höhe verbindliches Angebot muss ausdrücklich als ein solches bezeichnet sein.

3.2 Alle Abreden zum Vertrag und seinen Bestandteilen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für Nachaufträge, Auftragsweiterung und Abreden nach Vertragsschluss.

3.3 Für den Umfang der Leistungen des AN ist ausschließlich der unterzeichnete Vertrag zwischen AN und AG mit seinen Vertragsbestandteilen maßgeblich und verbindlich.

3.4 Der AN behält sich für seine Unterlagen sowie die Planungen alle Eigentums- und Urheberrechte vor.

3.5 Der AN schließt für alle Prospekte, Informationsunterlagen, Illustrationen, Präsentationen, bildliche Darstellungen oder sonstige Unterlagen die Prospekthaftung aus. Dies gilt auch für alle Veröffentlichungen auf Datenträgern, in Netzwerken und für das Internet.

3.6 Genehmigungen von Behörden sind vom AG oder dessen Bevollmächtigten zu beschaffen und zu bezahlen. Dies gilt auch für anfallende Kosten von Prüfstatiken.

4. Vergütung

Die Vergütung wird nach den vertraglichen Einheitspreisen und den tatsächlich ausgeführten Leistungen berechnet (*Einheitspreisvertrag*), wenn keine andere Berechnungsmethode (z.B. durch Pauschalsumme) ausdrücklich vereinbart ist. Verlangt der AG Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, die der AN nach dem Vertrag, besonders den Technischen Vertragsbedingungen oder der gewerblichen Verkehrssitte, nicht zu beschaffen hat, so hat er sie zu vergüten. Lässt der AG vom AN nicht aufgestellte technische Berechnungen durch den AN nachprüfen, so hat er die Kosten zu tragen.

4.1 Einheitspreisvertrag

4.1.1 Zwischen AN und AG werden grundsätzlich Einheitspreise vereinbart. Die Vergütung des AN erfolgt dementsprechend auf der Grundlage der in seinem Angebot genannten Einheitspreise und der tatsächlich ausgeführten, durch Aufmaß belegten Leistungen. Auf- und Abrundungen des Angebotsendpreises in Verhandlungen haben keinen Einfluss auf die Qualifizierung des Vertrags als Einheitspreisvertrag, sondern sind als Vereinbarung eines summenmäßigen Preisaufschlags bzw. Preisnachlasses zu verstehen, wenn die Parteien nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Der AN ist nur an die final vereinbarten Einheitspreise gebunden.

4.1.2 Die Höhe der Positionspreise und der Gesamtkosten ergibt sich erst aus dem nach Fertigstellung der Leistung zu ermittelndem Umfang der Einzelleistungen (Aufmaßblatt).

4.2 Pauschalpreisvertrag

Nur wenn AN und AG für die vertraglich vereinbarten Leistungen ausdrücklich eine feststehende Pauschalsumme vereinbart haben, die ausdrücklich als Pauschal- oder Festpreis bezeichnet wird, handelt es sich um einen Pauschalpreisvertrag. Dieser ist ein Detail-Pauschalvertrag, sofern nicht ausdrücklich ein Global-Pauschalvertrag vereinbart wurde.

4.2.1 Detail-Pauschalvertrag

Dem Detail-Pauschalpreis liegt ein Leistungsverzeichnis (LV) zugrunde, anhand dessen der vom AG zu zahlende Werklohn pauschaliert wird. Mit dem vereinbarten Pauschalpreis werden nur die im LV festgehaltenen Leistungen abgegolten.

4.2.2 Global-Pauschalvertrag

Beim Global-Pauschalvertrag wird die auszuführende Werkleistung nicht detailliert, sondern funktional beschrieben. Alle zur Erreichung des vertraglichen Leistungsziels erforderlichen Leistungen sind durch die vereinbarte Pauschalsumme abgegolten. Für die Vereinbarung eines Global-Pauschalvertrages ist die Bezeichnung als solcher ausdrücklich notwendig.

4.3 Stundenlohnarbeiten

Soweit in den Leistungsbeschreibungen eines der hier genannten Verträge (Ziff. 4.1-4.2) Stundenlohnarbeiten auszuführen sind, gelten folgende Stundensätze:

- | | |
|--------------------------------|---------------------------------|
| a) Meister: netto 60 EUR/h | c) Facharbeiter: netto 45 EUR/h |
| b) Vorarbeiter: netto 50 EUR/h | d) Helfer: netto 40 EUR/h |

4.4 Preis Anpassung

Die in dem jeweiligen Vertrag (Ziff. 4.1-4.2) vereinbarten Preise für Baustoffe/Baumaterialien sind auf der Basis der Einkaufspreise zum Zeitpunkt der Erstellung des Angebots (Ziff. 3.) kalkuliert. Preise für Leistungen, die nicht innerhalb von vier Monaten nach Vertragsschluss erbracht werden sollen, werden alle vier Monate anhand des Erzeugerpreisindex für gewerbliche Produkte (GP) des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht in der Fachserie 17, Reihe 2 bzw. auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de, angepasst. Dasselbe gilt, wenn eine vereinbarte Leistung tatsächlich erst nach Ablauf von vier Monaten ab Vertragsschluss erbracht wird und der AG die Verzögerung der Leistung zu vertreten hat.

Die Preis Anpassung für die Verträge (Ziff. 4.1-4.2) erfolgt nach folgender Formel:
 $RP = AP \times SI / SO$

Wobei:

- RP der angepasste Preis der jeweiligen Baustoffe/Baumaterialien ist;
- AP den vereinbarten Preis der jeweiligen Baustoffe/Baumaterialien zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses darstellt;
- SO der Index ist, der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gilt;
- SI der aktualisierte Index zum Zeitpunkt der Änderung der jeweiligen Preise ist.

Bei Pauschalpreisverträgen (Ziff. 4.2) werden die in den jeweiligen Leistungsverzeichnissen (LV) vereinbarten pauschalierten oder limitierten Baustoffmengen der Ermittlung der Preis Anpassung zugrunde gelegt. Die Höhe der Anpassung des Pauschalpreises entspricht der Summe aller Anpassungen in den jeweils betroffenen Positionen (Ordnungsziffern des LV). Die Anpassung in den einzelnen betroffenen Positionen (Ordnungsziffern des LV) errechnet sich jeweils aus der Differenz des nach obiger Formel berechneten angepassten Preises (RP) und des vereinbarten Preises (AP) multipliziert mit der abzurechnenden Menge (M) nach folgender Formel: $(RP-AP) \times M$

Wobei:

- RP der nach obiger Formel berechnete angepasste Preis der jeweiligen Baustoffe/Baumaterialien ist;
- AP den vereinbarten Preis der jeweiligen Baustoffe/Baumaterialien zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses darstellt;
- M die im Leistungsverzeichnis vereinbarte pauschalierte oder limitierte Baustoffmenge ist.

5. Bauausführung

5.1 Für die Ausführungen der Bauarbeiten sind die erforderlichen Bauwasser- und Baustromanschlüsse durch den AG vor Baubeginn kostenfrei an den AN zur Verfügung zu stellen. Die Verbrauchskosten trägt der AG, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist. Der Schutz dieser Anlagen obliegt dem AG oder dessen Bevollmächtigten.

5.2 Folgende weitere Ausführungsbedingungen sind dem AN vor Baubeginn zu verschaffen und kostenlos zur Verfügung zu stellen: Ungehinderte Zufahrtsmöglichkeit zum Baugrundstück und uneingeschränkte Baufreiheit auf dem Grundstück, sichtbare Grenzpunkte des Baugrundstückes, mindestens ein vollständig aufgestelltes Baugerüst der Klasse 4 einschließlich der Konsole zur Höhenveränderung sowie ausreichende Stell- und Lagermöglichkeiten für diverse Maschinen, Geräte, Kran, Material, Unterkünfte.

5.3 Mehraufwendungen infolge unzureichender Ausführungsbedingungen gehen, nach vorheriger Anzeige durch den AN, vollständig zu Lasten des AG.

5.4 Sofern der AG die von ihm zu verantwortenden gesetzlichen oder vereinbarten Bedingungen für ein sicheres Arbeiten nicht herstellt und/oder für die Dauer der Begehung/Bauarbeiten nicht aufrecht erhält, ist der AN nach einmaligem Hinweis in Textform an den AG oder den Vertreter des AG vor Ort berechtigt, die Bauarbeiten bzw. alle Leistungen, die eine Begehung voraussetzen, mit sofortiger Wirkung so lange zu unterbrechen, bis ein den Regeln der Arbeitssicherheit entsprechender Zustand vom AG hergestellt wurde. Die so verursachten Zeiten der Verzögerung verschieben die vereinbarten Vertragstermine (Vertragsfristen) und gelten als vom AG zu vertreten.

6. Ausführungsfristen

6.1 Die Ausführung ist nach den verbindlichen Fristen (Vertragsfristen) zu beginnen, angemessen zu fördern und zu vollenden.

6.2 Vertragsfristen sind für den AN nur bindend, wenn alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen und ungehinderter Baubeginn auf der Baustelle gewährleistet ist.

6.3 Ist für den Beginn der Ausführung keine Frist vereinbart, so hat der AG dem AN auf Verlangen Auskunft über den voraussichtlichen Beginn zu erteilen.

6.4 In einem Bauzeitenplan enthaltene Einzelfristen und Termine gelten nur dann als verbindlich (Vertragsfristen, Vertragstermine), wenn dies im Vertrag ausdrücklich vereinbart ist.

6.5 Werden während der Ausführung der vertraglichen Leistung geänderte und/oder zusätzliche Leistungen ausgeführt, sind neue Termine unter Berücksichtigung der Ausführungsdauer solcher Leistungen schriftlich festzulegen.

6.6 Ist der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so zeigt er es dem AG unverzüglich in Textform an.

6.7 Ausführungsfristen werden verlängert, soweit die Behinderung verursacht ist durch:
a) einen Umstand aus dem Risikobereich des AG,
b) Streik oder eine von der Berufsvertretung der AG angeordnete Aussperrung im Betrieb des AN oder in einem unmittelbar für ihn arbeitenden Betrieb,
c) höhere Gewalt oder andere für den AN unabwendbare Umstände z.B. eine Epidemie oder Pandemie.

Dies gilt auch für Umstände, die bei einem der Nachunternehmer des AN eintreten.

6.8 Die Fristverlängerung wird berechnet nach der Dauer der Behinderung mit einem Zuschlag für die Wiederaufnahme der Arbeiten und die etwaige Verschiebung in eine ungünstigere Jahreszeit.

6.9 Verzögert sich der Baubeginn oder Bauablauf infolge mangelhafter Vorleistungen des AG oder von ihm beauftragte Unternehmen oder Bevollmächtigte aus einem, durch den AN nicht zu vertretenden Grund, so sind die hieraus entstehenden Kosten dem AN zu vergüten.

6.10 Verzögert sich die Durchführung aus Gründen, die der AG oder von ihm beauftragte Unternehmen oder Bevollmächtigte zu vertreten haben, kann der AN nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist, bei Aufrechterhaltung des Vertrages, Schadensersatz verlangen oder den Vertrag kündigen.

7. Ausführungsunterlagen

7.1 Die für die Ausführung nötigen Unterlagen sind dem AN unentgeltlich und rechtzeitig, spätestens 14 Werktagen vor Beginn der Ausführung, mit einem entsprechenden Freigabevermerk des AG zu übergeben.

7.2 Die vom AG zur Verfügung gestellten Pläne und die übrigen für die Ausführung übergebenen Unterlagen sind für den AN maßgebend. Jedoch überprüft der AN sie, so-

KEBLER-BAU AG Allgemeine Geschäftsbedingungen 2022 (AGB) gegenüber Unternehmern (Version 2.2022/9)

weil es zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung gehört, auf etwaige Unstimmigkeiten und weist den AG auf entdeckte oder vermutete Mängel hin.

8. Leistungsverzeichnis (LV)

Liegt dem Vertrag ein LV zugrunde, dann sind sich AG und AN darüber einig, dass die dort beauftragten Leistungen innerhalb der Leistungsverzeichnisse funktional ausgeschrieben sind. Der AN hat bei Abgabe seines Angebots berücksichtigt, dass aufgrund der funktionalen Ausschreibung Lücken in der einen oder anderen Leistungsbeschreibung der Leistung möglich und zu erwarten sind. Der AN wird im Rahmen der Einheitspreis- bzw. Pauschalpreisvergütung die im Leistungsverzeichnis beschriebenen Einzelleistungen zu einer ausführungsfähigen Lösung fortentwickeln. Zu diesem Zweck werden dem AN neben den vertragsgegenständlichen Unterlagen alle bis zum Vertragsabschluss erarbeiteten Planunterlagen und Berechnungen in bearbeitbarer Form übergeben.

9. Baubesprechungen

An den vom AG und/oder von dessen beauftragten Bauüberwacher angesetzten Baubesprechungen nimmt ein ausreichend informierter und bevollmächtigter Vertreter des AN teil.

10. Bauprotokolle

Der AN führt regelmäßig Bautagesberichte und übergibt diese dem AG oder dessen Bevollmächtigten auf Aufforderung oder in vertraglich vereinbarten Abständen.

11. Bemusterungspflicht von zu verbauenden Werkstoffen

Hinsichtlich der vom AN einzubauenden Bauteile, Materialien und Stoffe finden, wenn notwendig und nicht anders vereinbart, Bemusterungen statt. Sie erfolgen auf Grundlage einer zwischen den Parteien abzustimmenden Bemusterungsliste, in der neben den zu bemusternden Bauteilen etc. auch der zeitliche Ablauf der Bemusterung anzugeben ist. Alle Muster sind so rechtzeitig vorzulegen, dass unter Berücksichtigung einer Prüfzeit von 10 Werktagen für den AG keine Verzögerung in der Bauausführung entstehen kann. Bemusterungen werden wo möglich mit mehreren kostenneutralen Varianten vorgenommen. Zur besseren Bewertung sind nur zusammenhängende Bereiche zu bemustern.

12. Baugrund- und Wetterrisiko

12.1 Der AG trägt grundsätzlich das Baugrund- und Wetterrisiko sowie die Gefahr des plötzlichen Untergangs des Bauwerkes oder von seinen Bestandteilen, auch von denen noch unter Eigentumsvorbehalt des AN stehenden. Diese Risiken können nicht auf den AN übertragen werden.

12.2 Der AN empfiehlt dem AG oder dessen Bevollmächtigten ausdrücklich die gutachterliche Prüfung des Baugrundes sowie des Bauplatzes auf dessen Eignung für die Errichtung und dessen Ausführung des Bauvorhabens. Die Prüfung des Baugrundes und des Bauplatzes hinsichtlich dessen Eignung für das vorgesehene Bauvorhaben ist nicht die Pflicht des AN, sofern im Bauvertrag oder seinen Bestandteilen nicht anders lautend schriftlich vereinbart.

12.3 Ist der AN der Ansicht, dass in einem Baugrundgutachten gemachte Angaben über den Baugrund, die Grundwasserverhältnisse und Kontamination nicht ausreichend oder unvollständig sind, zeigt er dies unter Darlegung der konkreten Gründe in Textform an. Der AG bleibt allein für seine Angaben, Anordnungen oder Lieferungen verantwortlich.

13. Abnahme

13.1 Verlangt der AN nach der Fertigstellung – ggf. auch vor Ablauf der vereinbarten Ausführungsfrist – die Abnahme der Leistung, so hat sie der AG binnen 12 Werktagen durchzuführen.

13.2 Die Abnahme wird nicht von der Übergabe der Revisionspläne und sonstiger Unterlagen abhängig gemacht.

13.3 Das Werk gilt als abgenommen, wenn der AN dem AG nach Fertigstellung des Werks eine angemessene Frist zur Abnahme gesetzt hat und der AG die Abnahme nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert hat.

14. Gewährleistung

14.1 Gewährleistung gilt nur für die Leistungen des AN oder dessen Nachunternehmer unter Verwendung von neuem Material. Bereits verwendetes Material wird nicht verbaut. 14.2 Gewährleistungsansprüche erlöschen, wenn Änderungen an den Leistungen des AN durch Dritte vorgenommen werden oder die Leistungen des AN durch Dritte beschädigt werden, sofern der AN die Handlungen der Dritten nicht zu vertreten hat.

14.3 Spuren oder Schleier von Zement auf den Steinen nach dem Verfugen sind normal. Diese verschwinden nach dem Waschen der Fassade vollständig. Das Waschen wird vom AN nach dem Trocknen der Fugen mit einem chemischen Produkt durchgeführt. Die Trocknung der Fugen dauert bei winterlicher/nasser Witterung bis zu 6-8 Wochen und bei trockener Witterung im Sommer ca. 6-8 Tage. Der AN übernimmt keine Gewährleistung für den Fall, dass die Fassade durch einen Dritten gewaschen wird. Werden die durch den AN angegebenen Trocknungszeiten nicht beachtet, so entfällt diesbezüglich die Gewährleistung.

15. Vertragsstrafen

Hat der AG die Leistung abgenommen, so kann er eine Vertragsstrafe nur verlangen, wenn er dies bei der Abnahme vorbehalten hat.

16. Eigentumsvorbehalt, Versicherungspflicht und Hausrecht

16.1 Bis zur vollständigen Bezahlung aller gegenwärtigen und künftigen Forderungen aus den laufenden Geschäftsbeziehungen vom AN gegen den AG (gesicherte Forderungen) behält der AN sich das Eigentum an den gelieferten Waren und Leistungen vor. Für den Fall, dass der AN Projekte für den AG ausführt, der wiederum als Auftragnehmer gegenüber seinem Endkunden auftritt, darf der AG die Vorbehaltsware nur im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverlaufs in Abstimmung mit dem AN veräußern. Der AG tritt seine Forderung in Höhe des jeweiligen Rechnungswertes an den AN ab. Der AN nimmt die Abtretung an.

16.2 Der AG ist verpflichtet, die erbrachten Bauleistungen ab dem ersten Tag zu versichern und ständigen Versicherungsschutz zu gewährleisten, solange an diesen Leistungen ein Eigentumsvorbehalt des AN besteht.

16.3 Der AN erhält und behält Hausrecht auf der Baustelle, im Bauwerk und auf dem gesamten Baugrundstück für die Dauer der Errichtung und Abwicklung des Bauvorhabens bis zur abschließenden Übergabe an den AG und der vollständigen Vergütung aller Forderungen des AN. Der AN ist berechtigt, das Hausrecht im Bedarfsfall auf Dritte zu übertragen.

17. Abrechnung

17.1 Ansprüche auf Abschlagszahlungen werden binnen 4 Wochen nach Zugang der prüfaren Aufstellung fällig.

17.2 Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird fällig, wenn der AG das Werk abgenommen hat oder die Abnahme nach § 641 Abs. 2 BGB entbehrlich ist und der AN dem AG eine prüffähige Schlussrechnung erteilt hat. Die Schlussrechnung gilt als prüffähig, wenn der AG nicht innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung begründete Einwendungen gegen ihre Prüffähigkeit erhoben hat.

17.3 Skontoabzüge sind unzulässig, sofern nicht anders schriftlich oder in Textform vereinbart.

17.4 Bei Zahlungsverzug oder Einstellung von Zahlungen durch den AG an den AN ist der AN berechtigt, die Arbeiten auf der Baustelle sofort einzustellen, die Restschuld sofort fällig zu stellen und den Vertrag zu kündigen.

18. Bauhandwerkerversicherung nach § 650f BGB

Der AN kann vom AG Sicherheit nach § 650f BGB, für die auch in Zusatzaufträgen vereinbarte und noch nicht gezahlte Vergütung einschließlich dazugehöriger Nebenforderungen, die mit 10 Prozent des zu sichernden Vergütungsanspruchs anzusetzen sind, verlangen. Hat der AN dem AG erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung der Sicherheit nach § 650f Abs.1 BGB bestimmt, so kann der AN die Leistung verweigern oder den Vertrag kündigen. Kündigt der AN den Vertrag, ist er berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen; der AN muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder böswillig zu erwerben unterlässt. Es wird vermutet, dass danach dem AN 5 Prozent der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung zustehen.

19. Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht

Der AG ist zur Aufrechnung, Zurückbehaltung sowie zur Einrede des nicht erfüllten Vertrags nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, anerkannt oder unbestritten sind. Das Recht des AG zur Aufrechnung besteht uneingeschränkt, soweit seine aufgerechnete Forderung mit der Hauptforderung synallagmatisch verknüpft ist.

20. Arbeitskräfte und Nachunternehmer des AN

20.1 Der AN ist verpflichtet, keine Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) und/oder keine Mitarbeiter einzusetzen, die nicht im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis und/oder eines gültigen Sozialversicherungsausweises sind.

20.2 Der AN verpflichtet sich auch gegenüber dem AG, seine Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns und zur Abführung der Urlaubskassenbeiträge nach dem Arbeitnehmerentgeltgesetz (AEntG) und den danach auf den Betrieb des AN anwendbaren tariflichen Bestimmungen zu erfüllen.

21. Haftungsbeschränkung

21.1 Der AN haftet dem AG stets:

- für die von ihm sowie seinen gesetzlichen Vertretern oder Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden,
- nach dem Produkthaftungsgesetz,
- für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die der AN, seine gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben.

21.2 Der AN haftet bei leichter Fahrlässigkeit nicht, außer soweit eine wesentliche Vertragspflicht verletzt wurde, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht oder deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf.

22. Doppelte Schriftformklausel

Änderungen und Ergänzungen dieser AGB bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Schriftformerfordernis.

23. Anwendbares Recht

Es findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (WÜRV) vom 23. Mai 1969 Anwendung.

24. Gerichtsstandsvereinbarung

Für den Fall, dass der AG Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist **Berlin der ausschließliche Gerichtsstand** für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen dem AN und dem AG.

25. Salvatorische Klausel

Erweist sich eine Bestimmung als unwirksam oder nichtig, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen AGB nicht.